



Niederschrift

30. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 15.09.2011
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:55 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Pete Heuer	SPD	Sitzungsleitung
-----------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE	
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Dr. Ralf Otto	SPD	
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend bis 20:36 Uhr
Herr Björn Teuteberg	FDP	
Herr Sven Brödn	Die Andere	anwesend bis 20:36 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Horst Heinzel	CDU/ANW	
--------------------	---------	--

sachkundige Einwohner

Herr Andreas Walter	Grüne/B90	
Herr Hans Becker	CDU/ANW	
Herr Marcus Krause	SPD	
Frau Jacqueline Krüger	FDP	
Frau Elke Lentz	SPD	
Herr Wolfgang Schwarze	DIE LINKE	
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr Horst Siebenhaar	Seniorenbeirat	
Herr Andreas Vogel	DIE LINKE	

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit	
---------------------------------	--	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Hans-Peter Michalske	SPD	entschuldigt
Herr Klaus Rietz	CDUANW	entschuldigt
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Tino Henning	DIE LINKE	nicht entschuldigt
Herr Manfred Kleinert	DIE LINKE	entschuldigt

Herr Andreas König	Behindertenbeirat	entschuldigt
Herr Holger Wolinski	SPD	entschuldigt

Gäste:

Frau Alexandra Donat	Anwohnerin Pappelallee
Herr Thomas Schenke	FB Grün- und Verkehrsflächen
Frau Ines Rudolph-Henning	FB Grün- und Verkehrsflächen
Herr Reik Becker	FB Grün- und Verkehrsflächen
Frau Viola Holtkamp	FB Stadtplanung und Bauordnung
Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Herr Wolfgang Hülsebeck	FB Feuerwehr
Frau Ilona Hönes	FB Ordnung und Sicherheit
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.08.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 2.1 Linden in der Seepromenade erhalten
Vorlage: 09/SVV/0843
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
- 2.2 Groß Glienicke - Busring 4. und 5. Bauabschnitt: Seepromenade
Vorlage: 10/SVV/0600
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- Wiedervorlage -
- 2.3 Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke
Vorlage: 10/SVV/0630
Fraktion SPD
mit Änderungsantrag Fraktion CDU/ANW
- Wiedervorlage -
- 2.4 Straßenentwässerung Seepromenade nachhaltig und sparsam lösen
Vorlage: 11/SVV/0534
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
- 2.5 Neubau einer Straßenbeleuchtungsanlage in Potsdam-Klein Glienicke "Am Böttcherberg"
Vorlage: 11/SVV/0558
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 2.6 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke), Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs, zur öffentlichen Auslegung sowie zur Erweiterung des Bereichs der Anordnung der Baulandumlegung
Vorlage: 11/SVV/0604
FB Stadtplanung und Bauordnung
Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 2.7 Parkraumbewirtschaftungskonzept
Vorlage: 11/SVV/0641
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 2.8 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung)
Vorlage: 11/SVV/0642
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 2.9 Tierheimneubau
Vorlage: 11/SVV/0617
Fraktion DIE LINKE
- 2.10 Tonnagebegrenzung
Vorlage: 11/SVV/0634
Fraktionen FDP, Potsdamer Demokraten
- 2.11 Verwertung Bioabfälle
Vorlage: 11/SVV/0635
Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen
- 2.12 Sitzungskalender 2012
Vorlage: 11/SVV/0571
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 3.1 Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz
Vorlage: 11/SVV/0482
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 3.2 Schafgraben
Vorlage: 11/SVV/0599
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4 Berichte und Informationen
- 4.1 Information zur Katastrophenschutzplanung Forschungsreaktor BER II
- 4.2 Informationen zur Straßenreinigungssatzung / Straßenreinigungsgebührensatzung
- 4.3 Lärmbelastung in der Straße am Schulplatz
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Heuer.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.08.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 18.08.2011

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

Abstimmung zur Tagesordnung:

Herr Heuer schlägt vor, die Mitteilungsvorlage 11/SVV/0482 „Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz“ (TOP 3.1) bis zur nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses zu vertagen, da Vertreter der EWP und der Pro Potsdam anwesend sein sollten.

Bezüglich des Tagesordnungspunktes 4.3 „Lärmbelastung in der Straße am Schulplatz“ weist Herr Heuer darauf hin, dass es hier offensichtlich ein Informationsdefizit gab. Als Herr Dr. Gunold beantragt hat, dies im KOUL-Ausschuss zu thematisieren, war noch nicht bekannt, dass sich auch der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden mit diesem Thema befassen wird.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass sich der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden am 06.09.2011 mit der Eingabe befasst hat. Im Ergebnis wurde die Verwaltung beauftragt, dem Ausschuss bis zum 29.09.2011 Auskunft darüber zu erteilen, wie die zeitliche Einordnung der Umsetzung der aus den in der Stellungnahme der Verwaltung genannten Untersuchungen abzuleitenden Maßnahmen vorgesehen ist.

Da es zu diesem Tagesordnungspunkt einen Antrag auf Rederecht von Frau Donat als Anwohnerin gibt, schlägt Herr Heuer vor, den Tagesordnungspunkt vorzuziehen und nach TOP 2.4 zu behandeln. Bezüglich des Verfahrens regt er an, Frau Donat die Möglichkeit einzuräumen, die Situation zu schildern und dann den Vorgang zurück an den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden zu überweisen.

Des Weiteren informiert Herr Heuer, dass zu den Drucksachen 10/SVV/0630 „Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke“ und 11/SVV/0534 „Straßenentwässerung Seepromenade nachhaltig und sparsam lösen“ durch die Fraktion CDU/ANW Rederecht für Herr Mensch beantragt wurde.

Da es keine weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt, bittet Herr Heuer um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für Frau Donat.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für Herrn Mensch.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 2.1 Linden in der Seepromenade erhalten

Vorlage: 09/SVV/0843

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage –

Herr Heuer schlägt vor, die Drucksachen zu den Tagesordnungspunkten 2.1 bis 2.4 gemeinsam zu beraten und dann zu den einzelnen Drucksachen gesondert ein Votum abzugeben.

Herr Menzel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Rudolph-Henning (FB Grün- und Verkehrsflächen) schildert anhand von Fotos die Situation vor Ort. Sie erörtert die Kompromissvariante für die Baumaßnahme in der Seepromenade, zu der sich die Verwaltung mit dem Ortsbeirat Groß Glienicke verständigt hat. Sie stellt das Ergebnis der Anhörung vor und macht dabei deutlich, dass sich ein großer Teil der Anlieger (68 %) gegen die Baumaßnahme ausgesprochen haben. Anschließend präsentiert Frau Rudolph-Henning die Ablehnungsgründe.

Sie verweist auf die geänderte Begründung zur DS 10/SVV/0600, die auch bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen ausgereicht und beraten wurde.

Durch die Änderungen werden sich die finanziellen Auswirkungen verringern. Frau Rudolph-Henning erklärt, dass zwischen Hechtsprung und Bergstraße beidseitig Gehwege in einer Breite von 1,5 m angelegt und mit Betonsteinpflaster befestigt werden. Eine Erneuerung der Straßenbeleuchtung erfolgt lediglich im Bereich zwischen Hechtsprung und Bergstraße im östlichen Gehwegbereich. Für die nunmehr geplante Baumaßnahme sind statt der ursprünglich vorgesehenen 49 Baumfällungen nur noch 25 Baumfällungen erforderlich. Dafür werden insgesamt 40 Ersatzpflanzungen vor Ort als Lückenschluss in der Baumreihe vorgenommen.

Herr Blaser (Ortsvorsteher Groß Glienicke) teilt mit, dass der Ortsbeirat Groß Glienicke das Thema sehr intensiv begleitet hat. Der Ortsbeirat spricht sich für den Ausbau der Seepromenade aus. Er weist darauf hin, dass die Regenentwässerung hier ein dringendes Problem ist.

Herr Menzel teilt nicht die Ansicht der Verwaltung. Er bittet die Verwaltung, sparsam mit den vorhandenen Mitteln umzugehen und nicht grundhaft auszubauen. Er befürchtet, dass alle vorhandenen Bäume Schaden nehmen und gefällt werden müssen, wenn man dem Vorschlag der Verwaltung folgt.

Herr Heuer erklärt namens der SPD-Fraktion, dass die DS 10/SVV/0630 durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

Herr Heinzel zieht den Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW zurück. Er wird dem Votum des Ortsbeirates Groß Glienicke folgen.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Drucksache 09/SVV/0843.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, dafür Sorge zu tragen, auch im Falle des Ausbaus der Seepromenade in Groß Glienicke, die entlang der Straße stehenden Lindenbäume zu erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 1

Somit wird die Drucksache zum Beschluss empfohlen.

zu 2.2 Groß Glienicke - Busring 4. und 5. Bauabschnitt: Seepromenade

Vorlage: 10/SVV/0600

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- Wiedervorlage -

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Ausbau der Seepromenade im Teilabschnitt von der Richard-Wagner-Straße bis zur Bergstraße als beitragspflichtige Baumaßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz und der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam vom 19.05.2006 (Straßenausbaubeitragssatzung)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 0

Somit wird die Drucksache zum Beschluss empfohlen.

zu 2.3 Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke

Vorlage: 10/SVV/0630

Fraktion SPD
mit Änderungsantrag Fraktion CDU/ANW
- Wiedervorlage -

Herr Heuer erklärt namens der SPD-Fraktion, dass die DS 10/SVV/0630 durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

zu 2.4 Straßenentwässerung Seepromenade nachhaltig und sparsam lösen

Vorlage: 11/SVV/0534

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die von Prof. Sieker vorgeschlagene alternative Straßenentwässerungslösung (s. Anlage) von unabhängiger Seite prüfen zu lassen. Dabei sind Machbarkeit und die Kosten mit dem Vorschlag der Verwaltung zu vergleichen. Vor weiteren Schritten des von der Verwaltung beförderten grundhaften Ausbaus ist bis zum Vorliegen des Prüfergebnisses abzusehen. Dezentrale Straßenentwässerungsanlagen sind in der Seepromenade als Pilotanlage und zukünftig an anderen Straßen stadtweit zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3

Ablehnung: 6

Stimmenthaltung: 0

Somit ist die Beschlussempfehlung abgelehnt.

zu 2.5 Neubau einer Straßenbeleuchtungsanlage in Potsdam-Klein Glienicke "Am Böttcherberg"

Vorlage: 11/SVV/0558

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Becker (FB Grün- und Verkehrsflächen) bringt die Drucksache ein und erläutert diese.

Herr Heuer informiert, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen die vorliegende Drucksache abgelehnt hat. Er bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Neubau der Straßenbeleuchtung in Potsdam- Klein Glienicke „Am Böttcherberg“ (Wannseestraße bis Tannenweg) als beitragspflichtige Baumaßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 4

Somit ist die Beschlussempfehlung abgelehnt.

**zu 2.6 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke), Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs, zur öffentlichen Auslegung sowie zur Erweiterung des Bereichs der Anordnung der Baulandumlegung
Vorlage: 11/SVV/0604**

FB Stadtplanung und Bauordnung
Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Holtkamp (FB Stadtplanung und Bauordnung) bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert diese. Sie weist darauf hin, dass es eine enge Zusammenarbeit mit dem Ortsbeirat Groß Glienicke gegeben hat und dieser bereits seine Zustimmung erteilt hat.

Herr Menzel bringt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und begründet diesen. Er bittet die Ausschussmitglieder, ihre Verantwortung für die gesamte Stadt wahrzunehmen und warnt vor dem Beschluss der Verwaltungsvorlage.

Herr Blaser (Ortsvorsteher Groß Glienicke) macht deutlich, dass der Ortsbeirat Groß Glienicke mit einer Ausnahme das Vorhaben der Verwaltung befürwortet. Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde durch den Ortsbeirat abgelehnt.

Frau Holtkamp erklärt, dass sich der Ortsbeirat Groß Glienicke auch mit möglichen Negativauswirkungen für das Seecenter befasst hat. Es gab auch eine Beteiligung von Nachbargemeinden, die sich ausschließlich positiv geäußert haben.

Herr Schütt fragt nach den Aussagen der Träger öffentlicher Belange, die nicht mit der vorliegenden Drucksache ausgereicht wurden.

Frau Holtkamp erklärt, dass diese dann mit der Beschlussvorlage zum Satzungsbeschluss vorgelegt werden.

Herr Brödno fragt, wer der Investor ist und in welchem Umfang investiert werden soll.

Frau Holtkamp kann diese Information aus Datenschutzgründen nicht geben. Externe Kosten sind der Verwaltung nicht bekannt.

Herr Menzel macht deutlich, dass das Vorhaben seiner Meinung nach im Widerspruch zum Einzelhandelskonzept steht.

Herr Teuteberg regt an, keine voreilige Entscheidung zu treffen und die Stellungnahmen vor der Abgabe eines Votums auszureichen. Er stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: *Vertagung der DS 11/SVV/0604 sowie Ausreichung der kompletten Zusammenstellung aller Stellungnahmen bis zur nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses.*

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Somit ist die Drucksache vertagt.

zu 2.7 Parkraumbewirtschaftungskonzept

Vorlage: 11/SVV/0641

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Heuer schlägt vor, die Drucksachen 11/SVV/0641 „Parkraumbewirtschaftungskonzept“ und 11/SVV/0642 „Parkgebührenordnung“ wegen ihres inhaltlichen Zusammenhanges gemeinsam zu beraten und dann zu den Drucksachen gesondert ein Votum abzugeben.

Herr Becker (FB Grün- und Verkehrsflächen) erläutert anhand einer Powerpoint-

Präsentation des Parkraumbewirtschaftungskonzept. Dabei stellt er den Geltungsbereich vor und geht auf die Erhebung der Parkraumnachfrage ein. Anschließend erörtert er folgende Maßnahmen, die zur Verbesserung der Situation ergriffen werden sollen:

1. Anpassung der Parkraumbewirtschaftungskosten
2. Neuordnung der Bewohnerparkzonen
3. Sonntagsbewirtschaftung im Innenstadtbereich
4. Erhöhung der Parkgebühren.

Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Parkgebühren macht Herr Becker deutlich, dass die Parkhäuser in der Innenstadt lediglich zu 50 % bis 60 % ausgelastet werden. Dem soll damit entgegengewirkt werden.

Herr Teuteberg gibt zu bedenken, dass durch die Erhöhung der Parkgebühren die Kaufkraft gemindert werden könnte.

Er bringt die beiden Änderungsanträge der FDP-Fraktion ein und begründet diese.

Herr Jäkel unterstützt die Erweiterung der Parkmöglichkeiten für Bewohner. Er bringt einen Änderungsantrag ein und begründet diesen.

Herr Schütt weist darauf hin, dass die Parkhäuser privat gebaut und betrieben werden.

Er spricht sich für den Änderungsantrag von Herrn Jäkel aus.

Frau Lenz macht darauf aufmerksam, dass sich dieser Ausschuss mit Klima und Umwelt befassen sollte, nicht mit der Wirtschaftsförderung. Sie macht deutlich, dass für einen Stadtbummel nicht die Kurzzeitparkplätze entscheidend sind.

Herr Schwarze spricht sich dafür aus, nicht die Preise zu erhöhen, sondern intelligente Lösungen zu finden, auch für Kurzzeitparken.

Herr Menzel spricht sich für die Erhöhung der Parkgebühren aus, um die Autos von der Stadt fernzuhalten.

Herr Dr. Gunold macht deutlich, dass eine attraktive Innenstadt für ihn nicht bedeutet, dass jeder bis vor jede Tür fahren kann. Er kann keinem der Änderungsanträge zustimmen.

Aus seiner Sicht sollen Möglichkeiten geschaffen werden, um den Individualverkehr aus der Innenstadt fernzuhalten.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass teurere Parkplätze nicht dafür sorgen, dass die Innenstadt entvölkert wird. Sie weist auch darauf hin, dass die Stadtverordneten sich dafür ausgesprochen haben, dass Potsdam eine fahrradfreundliche Stadt sein soll. Der zufließende Verkehr soll möglichst vor der Stadt bleiben, auch im Sinne des Klimaschutzes.

Herr Brödnö spricht sich gegen die Erhöhung der Parkgebühren aus.

Herr Teuteberg zieht den Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion „Parkraumbewirtschaftung – Zentralität“ zurück.

Herr Heuer macht deutlich, dass der derzeitige Zustand in der Innenstadt sehr unbefriedigend für die Bewohner ist. Die tatsächlichen Probleme bestehen darin, dass Parkplätze durch Gäste von außerhalb den ganzen Tag belegt werden. Mit dem Antrag der FDP-Fraktion soll nicht vorhandener Parkplatz lediglich auf eine

größere Fläche verteilt werden soll.
Er spricht sich für die Vorschläge der Verwaltung aus.

Herr Heinzel betont, dass im vorliegenden Konzept das Thema P+R-Parkplätze völlig vernachlässigt wurde. Aus seiner Sicht gehört zu einem Konzept mehr.

Herr Becker erklärt, dass das P+R-Konzept gesondert erstellt wird. Hier sollen kostenlose Parkplätze zur Verfügung gestellt werden. Deshalb gehört dies nicht in das Parkraumbewirtschaftungskonzept.

Herr Heinzel weist auf die Vorteile des Handyparkens hin, die hier nicht erwähnt wurden.

Herr Teuteberg regt an, das Thema Handyparken in einer anderen Sitzung des KOUL-Ausschusses zu beraten.

Er nimmt Bezug auf die Auslastung der Parkhäuser und fragt, wie beeinflusst werden soll, dass diese ihre Gebühren nicht auch erhöhen.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf den Lärmaktionsplan, den Luftreinhalteplan sowie das Klimaschutzkonzept und betont, dass hier das Ziel sein müsste, den Verkehr aus der Stadt herauszuhalten.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Fraktion FDP Parkraumbewirtschaftungskonzept – Mischparken:

Ergänzungsantrag:

Das Parkraumbewirtschaftungskonzept wird wie folgt ergänzt:

„Die Umsetzung des Punktes 5. Erhöhung der Parkgebühren unter denen im Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen und Zielen erfolgt unter der Bedingung, dass Potsdam eine Zentralität von 100 erreicht.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 1

Somit ist der Ergänzungsantrag abgelehnt.

Herr Heuer Bittet um Abstimmung über die vorliegende Beschlussvorlage.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Das Parkraumbewirtschaftungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam als Grundlage zur Änderung der Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 0

Somit wird die Drucksache zum Beschluss empfohlen.

zu 2.8 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam

(Parkgebührenordnung)

Vorlage: 11/SVV/0642

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Jäkel.

Änderungsantrag:

Der Absatz 3 Parkgebühren ist im Punkt 3.1 Parkzone 1 wie folgt zu ändern:

„Die Parkgebühren betragen für das Parken je Zeiteinheit in den Grenzen der Parkzone 1:

Je halbe Stunde 0,50 € für Parkzeiten bis einschließlich 3 Stunden.

Die Parkgebühren betragen

Je halbe Stunde 1,00 € für Parkzeiten größer als 3 Stunden.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 0

Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 0

Somit wird die Beschlussempfehlung abgelehnt.

zu 2.9

Tierheimneubau

Vorlage: 11/SVV/0617

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Gunold bringt den Antrag ein und macht dabei deutlich, dass der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus seiner Sicht kein Änderungsantrag sondern ein eigener Antrag ist.

Herr Menzel bringt folgenden **Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** ein und begründet diesen.

„Die Beschlüsse zum Tierheimneubau **07/SVV/0738**, **08/SVV/0743** und **09/SVV/1008** sind aufzuheben. Die momentane Ausschreibung zum Neubau und Betrieb eines Tierheimes mit angekoppeltem Sozialprojekt ist zu stoppen.

Des Weiteren wird der Oberbürgermeister beauftragt, mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und der Stadt Brandenburg a. d. H. Gespräche mit dem Ziel zu führen, ein gemeinsames Tierheim zu bauen, welches auch außerhalb Potsdams liegen kann. Dabei sind für einen potenziellen Tierheimneubau nachstehende Kriterien zu berücksichtigen.

1. Dem Natur- und Tierschutzgedanke einen hohen Stellenwert bei der Entscheidungsfindung einzuräumen.

2. Die zahlreichen ehrenamtlichen TierschützerInnen bei ihrer Arbeit zu unterstützen.
3. Alle potentiellen Standorte sollten mit Standortkriterien und potentiellen oder tatsächlichen Problemfaktoren vor Ort in die Entscheidungsmatrix den Stadtverordneten vorgelegt werden, damit ein breiter Konsens für eine Standortentscheidung zu Stande kommt.
4. Die Entscheidung darüber in welcher Form, dass Tierheim realisiert und inwiefern künftig mit dem Tierschutzverein Potsdam zusammengearbeitet wird, haben die Stadtverordneten auf Basis der oben benannten Voraussetzungen zu treffen.“

Herr Heinzel weist darauf hin, dass dem Tierschutzverein genügend mögliche Grundstücke aufgezeigt wurden. Es muss aber einem Tierheimbau ein tragfähiges Konzept vorangestellt werden.

Herr Heuer macht darauf aufmerksam, dass man sich nicht ausschließlich an den Tierschutzverein bezüglich des Baus eines neuen Tierheimes wenden kann. Damit besäße der TSV eindeutig einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Interessenten. Man sollte dies auch nicht an einem konkreten Grundstück auf dem Gebiet der LHP festmachen.

Herr Dr. Gunold weist darauf hin, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE enger gefasst und auch schneller umzusetzen ist.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass sich der Tierschutzverein um das in Rede stehende Grundstück bemühen kann. Dem TSV kann nicht ohne Ausschreibung durch die LHP ein Grundstück zur Verfügung gestellt werden.

Herr Jäkel beantragt folgende **Änderung zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** und begründet dies.

Der erste Satz ist wie folgt zu ändern:

„Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt, mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark Gespräche zu führen, ein gemeinsames Tierheim zu bauen, welches auch außerhalb Potsdams liegen kann, jedoch im Nahbereich von Potsdam und verkehrsgünstig erreichbar.“

Des Weiteren stellt er folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung:**

Zurückstellung der Drucksache, um die Gespräche des TSV in den Fraktionen abzuwarten.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Somit wird die Drucksache vertagt.

zu 2.10

Tonnagebegrenzung

Vorlage: 11/SVV/0634

Fraktionen FDP, Potsdamer Demokraten

Herr Teuteberg bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Becker (FB Grün- und Verkehrsflächen) erklärt, dass eine Tonnagebegrenzung nur angeordnet werden kann, wenn eine konkrete Gefahr besteht. Die Anordnung einer präventiven Tonnagebegrenzung ist rechtlich nicht möglich.

Herr Dr. Gunold fragt, ob zu den Gefahren auch Lärm gehört.

Herr Becker verneint dies, und erklärt, dass sich dies auf Straßenschäden bezieht.

Herr Jäkel spricht sich für den Beschluss des Antrages aus.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, in welchen Straßen im Innenstadtbereich von Potsdam eine Tonnagebegrenzung auf 7,5 Tonnen eingerichtet werden kann.

Eine Berichterstattung soll in der Stadtverordnetenversammlung im November 2011 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 2.11 Verwertung Bioabfälle

Vorlage: 11/SVV/0635

Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen

Herr Heuer bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) erklärt, dass derzeit das Abfallwirtschaftskonzept (AWK) unter Berücksichtigung der zu erwartenden gesetzlichen Änderungen fortgeschrieben wird. Im Hinblick auf die gesetzlichen Änderungen wurde bereits die Restabfallbehandlung nur für einen relativ kurzen Ausschreibungszeitraum bis zum 31.05.2015 europaweit ausgeschrieben. Hinsichtlich der kurz- und mittelfristig geplanten Maßnahmen im AWK bilden die Möglichkeiten zur Getrenntsammlung von Bioabfällen einen Schwerpunkt. Aussagen zum aktuellen Abschöpfungspotenzial von Bioabfällen soll eine nochmalige, über vier Sortierkampagnen geplante Resthausmüllanalyse liefern, die im Herbst 2011 begonnen werden soll.

Herr Jäkel regt an zu prüfen, ob spezifische Lösungen möglich sind. Dies sollte wohnartsspezifisch erfasst werden.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verwertung von Bioabfällen in Potsdam zu prüfen und dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und Ländliche Entwicklung im 1. Quartal 2012 darüber zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2.12 Sitzungskalender 2012

Vorlage: 11/SVV/0571

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

Sitzungstermine KOUL-Ausschuss 2012:

Donnerstag, 12. Januar 2012
Donnerstag, 16. Februar 2012
Donnerstag, 22. März 2012
Donnerstag, 19. April 2012
Donnerstag, 24. Mai 2012
Dienstag, 19. Juni 2012

Juli – Sommerpause

Donnerstag, 09. August 2012
Donnerstag, 13. September 2012
Donnerstag, 18. Oktober 2012
Donnerstag, 22. November 2012
Donnerstag, 20. Dezember 2012

Da zum Sitzungskalender 2012 für den KOUL-Ausschuss keine Änderungsvorschläge vorgebracht werden, bittet Herr Heuer um Abstimmung über die Sitzungstermine für den Ausschuss.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2012 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Dem Sitzungskalender 2012 für den KOUL-Ausschuss wird somit zugestimmt.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

zu 3.1 Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz

Vorlage: 11/SVV/0482

FB Grün- und Verkehrsflächen

Die Drucksache wird vertagt.

zu 3.2 Schafgraben

Vorlage: 11/SVV/0599

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Frau Rudolph-Henning (FB Grün- und Verkehrsflächen) weist darauf hin, dass finanzielle Mittel für Reparaturen nicht vorhanden sind.

Herr Jäkel spricht sich dafür aus, das Gelände am Schafgraben behutsam zu reparieren. Hier soll keine große Investitionsmaßnahme erfolgen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4 Berichte und Informationen

zu 4.1 Information zur Katastrophenschutzplanung Forschungsreaktor BER II

Herr Hülsebeck (FB Feuerwehr) macht deutlich, dass es keine veränderte Situation zur Sicherheit des Forschungsreaktors gibt.

Es besteht auch Einigkeit darüber, dass im Katastrophenfall an alle unter 45jährige im Umkreis von 4 km so schnell wie möglich Jodtabletten verteilt werden müssen. Dazu gibt es sehr konstruktive Gespräche. In der nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses können möglicherweise schon detaillierte Informationen gegeben werden.

zu 4.2 Informationen zur Straßenreinigungssatzung / Straßenreinigungsgebührensatzung

Frau Hönes (FB Ordnung und Sicherheit) teilt mit, dass beide Satzungen in der Stadtverordnetenversammlung am 28.09.2011 eingebracht werden sollen. Die entsprechenden Unterlagen wurden heute ausgereicht. Es gab eine frühzeitige Beteiligung der Ortsbeiräte.

Frau Müller-Preinesberger weist auf die noch offenen Fragen von Herrn Rietz hin. Diese werden durch Frau Spyra per e-Mail an Herrn Rietz geschickt und als Anlage an das Protokoll ausgereicht.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, dass Frau Spyra Genesungswünsche des Ausschusses an Herrn Rietz übermittelt.

zu 4.3 Lärmbelastung in der Straße am Schulplatz

Frau Donat (Anwohnerin) bedankt sich, dass das Thema in die Tagesordnung des Ausschusses aufgenommen wurde. Sie schildert die Situation vor Ort und weist darauf hin, dass der Verkehr und die damit im Zusammenhang stehende Lärmbelastung zugenommen hat, insbesondere durch LKW-Verkehr.

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass es eine Stellungnahme der Verwaltung gibt, die auch im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden behandelt wurde. Im Ergebnis wurde die Verwaltung beauftragt, dem Ausschuss bis zum 29.09.2011 Auskunft darüber zu erteilen, wie die zeitliche Einordnung der Umsetzung der aus den in der Stellungnahme der Verwaltung genannten Untersuchungen abzuleitenden Maßnahmen vorgesehen ist.

Dies wird dem Ausschuss für Eingaben und Beschwerden zugearbeitet.

Herr Heuer schlägt vor, dass Frau Donat Antwort des Ausschuss für Eingaben und Beschwerden abwartet. Sollte es danach weiteren Klärungsbedarf besteht, müsse dies durch Frau Donat signalisiert werden.

zu 5

Frau Müller-Preinesberger empfiehlt Frau Donat, direkt Kontakt zur Verwaltung aufzunehmen.

Sonstiges

Nächster Ausschuss für KOUL - 20. Oktober 2011, 18:00 Uhr

**Pete Heuer
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra
Schriftführerin**